

7. Öffentliche Ordnung, Recht

7.1. Öffentliche Ordnung, Ausländerrecht

Die Abteilung 221 zählt mit ihrem umfangreichen hoheitlichen Aufgabenbereich und ihren 10 Vollzeitbeschäftigten, davon 3 bei der Feuerwehr und 4 Teilzeitbeschäftigte (insgesamt 12,30 Stellen) zu den größeren Abteilungen der Stadtverwaltung. Bei den Ordnungsaufgaben wirkt sich die zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land auf die kommunale Ebene besonders stark aus.

Bei Fällen **häuslicher Gewalt** in Familien und Lebensgemeinschaften bzw. Nachstellung (Stalking) wurden 2010 von der Abteilung Öffentliche Ordnung 25 Vorgänge bearbeitet. Hierbei wurden 2 Platzverweise verfügt. Weitere 2 vom Polizeivollzugsdienst ausgesprochene Platzverweise konnten aufgrund der Beilegung der Streitigkeiten wieder zurückgenommen werden. Bei den Anhörungen wurden Opfer und Täter auf die Beratungsstellen und -möglichkeiten hingewiesen.

In Zusammenarbeit mit einem örtlichen Bestattungsunternehmer wurden von der Abteilung Öffentliche Ordnung insgesamt 6 **Bestattungen** angeordnet, da Bestattungspflichtige nicht vorhanden waren bzw. die eine Bestattung aus finanziellen Gründen nicht beauftragen konnten.

Für die Überwachung der Einhaltung des Rauchverbotes und die Ahndung von Verstößen auf Grundlage des **Landesnichtraucherschutzgesetzes** ist die Ortschaftspolizeibehörde zuständig.

In 2010 waren 29 Fälle von nicht ordnungsgemäßer **Hundehaltung** zu bearbeiten. In diesem Zusammenhang wurden 2 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. In weiteren 2 Fällen wurde bei der Beschlagnahme der Hunde mitgewirkt.

Zur Durchsetzung der **Schulpflicht** nach dem Schulgesetz Baden-Württemberg mussten im Jahr 2010 24 Fälle bearbeitet werden. Bei 12 Fällen wurden Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Weitere 20 Fälle in Zusammenhang mit **psychisch auffälligen Personen** wurden bearbeitet.

Bei 2 Fällen von **illegaler Müllentsorgung** konnten die Verursacher ermittelt und mit Bußgeld belegt werden.

4mal wurde **Verstöße gegen den Immissionsschutz** zur Anzeige gebracht (Lärmbeschwerden) und bearbeitet.

Für die **Gesamtorganisation des Bauernmarktes** war die Abteilung Öffentliche Ordnung, verantwortlich. Der sechste Bauernmarkt mit verkaufsoffenem Martini-Sonntag war wieder ein Publikumsmagnet und lockte viele Besucher in die Altstadt. 50 Verkaufs- und Informationsstände präsentierten ein vielfältiges Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Kunsthandwerk.

7.1.1. Bußgeld- und Ortpolizeibehörde

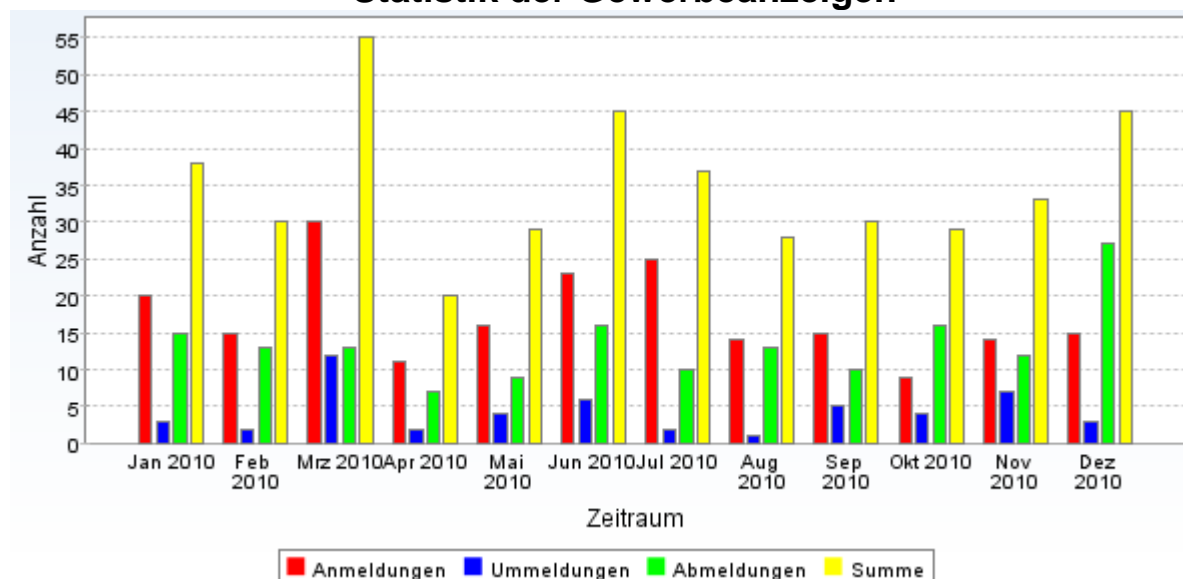
Gesamtübersicht	2008	2009	2010
Ordnungswidrigkeitenanzeigen (incl. Verwarnungen)	9.651	10.684	8.767
Bußgeldbescheide	1.460	1.503	1.265
Kostenbescheide	283	274	217
eingestellte Verwarnungen	67	104	108
eingestellte Bußgeldverfahren	3	4	2
Bußgeld-/Verwarnungsgeldaufkommen in EURO	220.230	257.177	228.332
Gemeindevollzugsdienst	2008	2009	2010
Halt- und Parkverstöße	4.455	5.145	3.773
Geschwindigkeitsüberschreitungen	2.805	3.580	2.896
sonstige Ordnungswidrigkeiten		30	36
	7.260	8.755	6.705
Polizeirevier Wertheim	2008	2009	2010
Halt- u. Parkverstöße	505	226	453
Unfälle	340	319	312
sonstige Fahrverstöße	1.204	910	883
Geschwindigkeitsüberschreitungen	342	407	353
sonstige Ordnungswidrigkeiten	bisher nicht erfasst	67	61
	2.391	1.929	2.062

Aus den insgesamt bearbeiteten 4.132 Anzeigen wegen Fahrverstößen wurden **33 Fahrverbote** (59 in 2009) ausgesprochen.

7.1.2. Gewerbeabteilung

	2008	2009	2010
Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen	434	457	419
Verfahren zur Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Schank- und Speisewirtschaften	9	11	15
Verfahren zur Erteilung einer Reisegewerbekarte	1	1	0
Gestattungen (Tageskonzessionen)	281	273	235

Statistik der Gewerbeanzeigen



Zum Stichtag 31. Dezember 2010 waren insgesamt 2.044 Gewerbebetriebe angemeldet. 214 Auskünfte zu Gewerbebetrieben wurden erteilt.

7.1.3. Verkehrsbehörde

Die Verkehrsbehörde ist als Untere Verwaltungsbehörde für die Durchführung der Straßenverkehrsordnung im Bereich der Großen Kreisstadt Wertheim zuständig. Im Interesse der Verkehrssicherheit werden u. a. Verkehrszeichen angeordnet und verkehrsrechtliche Anordnungen zur Absicherung von Arbeitsstellen im Straßenverkehr sowie bei Veranstaltungen erlassen. In Einzelfällen werden Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse von den Vorschriften der StVO erteilt.

Die Straßenverkehrsbehörde führt auch das Genehmigungs- und Anhörungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte durch. Nach den Bestimmungen des Straßengesetzes Baden-Württemberg werden Sondernutzungserlaubnisse für die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes, z. B. für Veranstaltungen, Freiflächenbewirtschaftung, Warenauslagen, etc. erteilt.

7.1.3.1. Fallzahlen

	2008	2009	2010
Anordnungen (Absicherung Baustellen/Veranstaltungen)	210	234	203
Verlängerungen von verkehrsrechtlichen Anordnungen	31	23	34
Anordnungen zur allgemeinen Verkehrsregelung	26	29	21
Ausnahmegenehmigungen von der StVO	173	205	223
Verfahren zur Durchführung von Schwertransporten	344	519	503
Verkehrsbehördliche Stellungnahmen zu Baugesuchen, Baumaßnahmen und sonstigen Verkehrsangelegenheiten	96	100	95
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Straßengesetz	137	142	148

Die umfangreichen Arbeiten zur Sanierung der Odenwaldbrücke machten zahlreiche und umfassende Verkehrsregelungen erforderlich. Im Laufe des Jahres wurden verkehrsrechtliche Anordnungen zu sieben unterschiedlichen Bauphasen erstellt.

Im Rahmen der Arbeit der gemeinsamen Verkehrsunfallkommission des Landkreises wurden Verkehrsunfallsschwerpunkte anhand der Aufzeichnungen der Polizeidirektion Tauberbischofsheim analysiert. Zur Beseitigung der Unfallschwerpunkte wurden einige verkehrliche Anordnungen getroffen und zeitnah umgesetzt.

Die Verbesserungsmaßnahmen durch Verkehrszeichen und Fahrbahnmarkierungen haben bereits Wirkung gezeigt und die Unfallzahlen spürbar gesenkt.

7.1.3.2. Erstattung von Schülerbeförderungskosten nach dem städt. Familienpass

Die Verkehrsbehörde erstattet die Beförderungskosten von Schüler/innen, berechnet die prozentuale Erstattung der Eigenanteile aufgrund des Familienpasses der Stadt Wertheim und rechnet die Schülerbeförderungskosten mit dem Landratsamt Main-Tauber-Kreis ab.

Nach Ablauf des Schuljahres 2009/2010 wurden **48 Anträge** (2008/2009: 45) auf Erstattung von 20 % der Eigenanteile an den Schülerbeförderungskosten aufgrund des Familienpasses der Stadt Wertheim gestellt. Es wurde ein Gesamtbetrag in Höhe von **4.101,61 Euro** (2008/2009: 3.894,26 Euro) ausgezahlt.

7.1.4. Abfallrecht

7.1.4.1. Aktion „Saubere Landschaft“

Seit 1978 findet alle zwei Jahre eine Aktion statt, bei der die Landschaft von Müll und Unrat gesäubert wird. Die letzte Aktion im Stadtgebiet und in den Ortschaften wurde am 23. Oktober 2010 mit rund 500 freiwilligen Helferinnen und Helfern zum 17. Mal durchgeführt.

Wertheimer Firmen, der Bauhof und die Stadtwerke Wertheim unterstützten die Aktion wieder und transportierten über 4 Tonnen Müll zur Mülldeponie „Heegwald“ nach Dörlesberg.

7.1.4.2. Auf den Erdaushub- und Bauschuttdeponien angelieferte Abfallmengen

Abfallart	Abfallmengen in m ³											
	Kembach			Nassig			Urphar			Gesamt		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Erdaushub steinfrei	-	-	4,5	949	536	518	-	20	-	949	556	522,5
Baugrubenaushub	60	30	12	1.263	554	784	225	135	48	1.548	719	844
Bauabbruch	133,5	107,5	42,5	1.243	503	140	94	136	15	1.470,5	746,5	197,5
Straßenaufbruch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	193,5	137,5	59	3.455	1.593	1.442	319	291	63	3.967,5	2.021,5	1.564

7.1.5. Ausländerbehörde

Die Ausländerbehörde ist als Untere Staatliche Ausländerbehörde eigenverantwortlich für alle Aufgaben nach dem Aufenthaltsgesetz, dem Freizügigkeitsgesetz/EU nebst Schengener Durchführungsübereinkommen sowie dem Asylverfahrensgesetz zuständig.

Dazu zählen unter anderem die Prüfung, Erteilung, Verlängerung bzw. Ablehnung von Aufenthalts-/Niederlassungserlaubnissen für folgende Zwecke:

- Ausbildung (Studium)
- Erwerbstätigkeit
- Familie
- Völkerrechtliche, humanitäre und politische Gründe
- Härtefälle

Bei fehlenden Voraussetzungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis stellt die Ausländerbehörde die Ausreisepflicht (Ausweisungsverfügungen/Beteiligung bei Abschiebungen) fest und führt diese gegebenenfalls durch. In der Regel kommt es bei ablehnenden Entscheidungen zu Widersprüchen und Klageverfahren, die ebenfalls durch die Ausländerbehörde bearbeitet werden.

Einen großen Anteil nehmen auch die Beteiligung an Visaverfahren (Anhörung, Zustimmung, Ablehnung) sowie die Verpflichtungserklärungen (Haftung für Lebensunterhalt) ein. Aber auch mit dem Thema Integration befasst sich die Ausländerbehörde. So stellt sie die Verpflichtung bzw. Berechtigung zur Teilnahme an Integrationskursen aus. Daneben ist die Ausländerbehörde verantwortlich für die Ausstellung von Reiseausweisen für Flüchtlinge, Ausländer bzw. Staatenlose.

Die Beteiligung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden (Polizei, Bezirksstelle für Asyl, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Justizbehörden, etc.) ist vielfältig.

Diese Aufgaben können nur unter umfassender Sachkenntnis zahlreicher Gesetze, Verordnungen, Erlasse und der Rechtsprechung durchgeführt werden.

Auch die technischen Anforderungen sind in den letzten Jahren durch Einführung des E-Passes und der Erstellung von Aufenthaltserlaubnissen mit biometrischen Daten erheblich gestiegen.

7.1.5.1. Ausländische Staatsangehörige

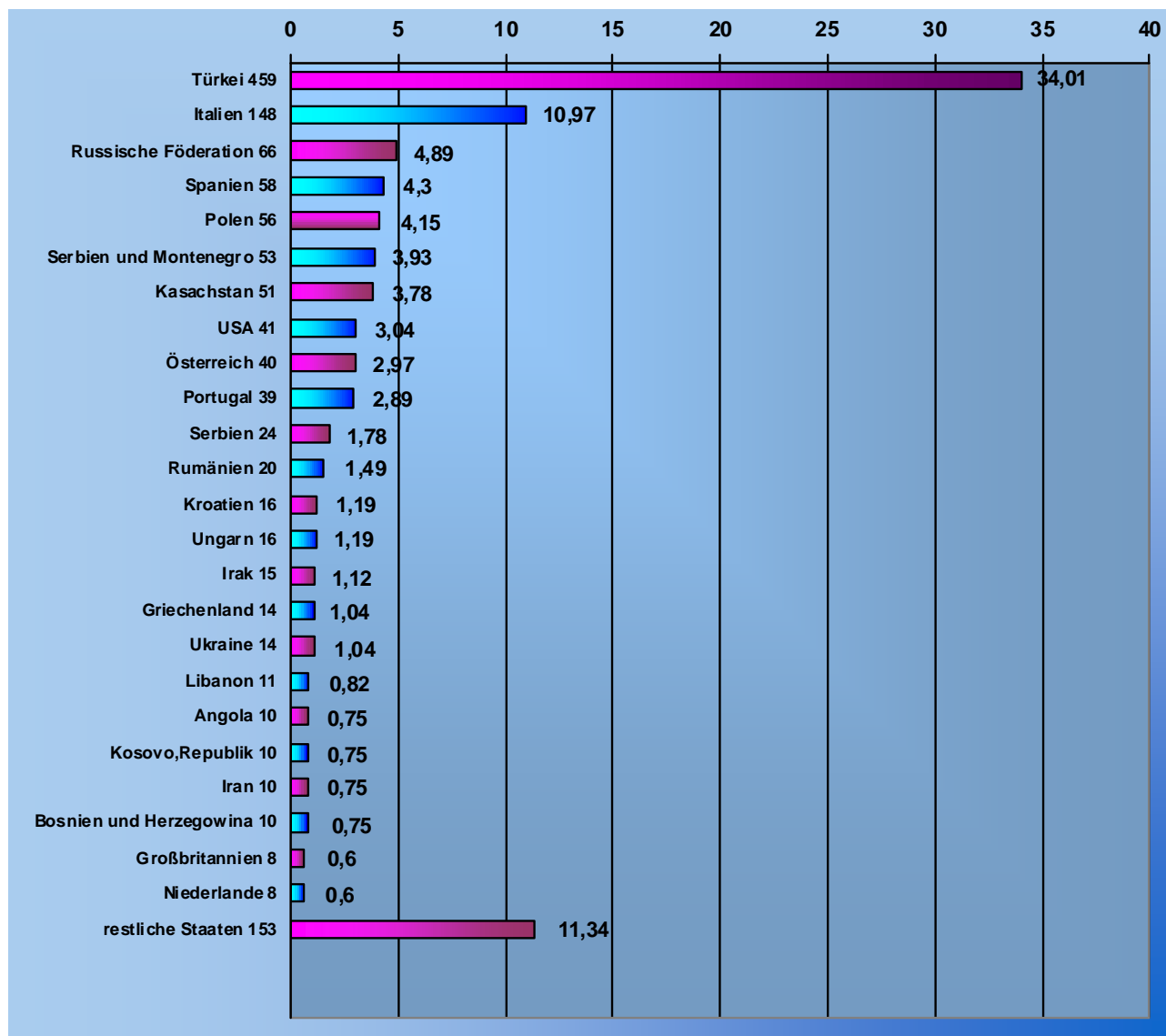
In der Großen Kreisstadt Wertheim hielten sich zum

Stichtag 31. Dezember 2006	1.363
Stichtag 31. Dezember 2007	1.376
Stichtag 31. Dezember 2008	1.386
Stichtag 31. Dezember 2009	1.360
Stichtag 31. Dezember 2010	1.350

Ausländer/innen aus 75 Staaten auf.

Das entspricht in 2010 einem Anteil von 5,8 % der Einwohner der Großen Kreisstadt Wertheim.

Aufgliederung der 1.350 Ausländer/innen in Prozent



7.1.5.2. Asylbewerber

Die Asylbewerberzahlen sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Deshalb gibt es kreisweit nur noch eine Gemeinschaftsunterkunft in Bad Mergentheim. In Wertheim gab es im Jahr 2010 lediglich zwei Asylbewerber.

Seit 1998 müssen die Kommunen im Wege der so genannten „Anschlussunterbringung“ nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz die ihnen zugeteilten Personen unterbringen.

7.1.5.3 Bleiberechtsregelungen

Nach der Bleiberechtsregelung durch die ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder (IMK) im Jahr 2006 wurde Ausländern, die ausreisepflichtig, aber faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, auf der Grundlage von § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz ein Bleiberecht gewährt.

Zum 28. August 2007 trat das geänderte Aufenthaltsgesetz in Kraft. Es enthält ebenfalls eine gesetzliche Altfallregelung. Danach erhalten geduldete Ausländer, die sich seit mindestens acht Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Bundesgebiet aufgehalten haben und faktisch integriert sind (z. B. er-

werbstätig, deutsche Sprachkenntnisse, eigene Wohnung, straffrei und Schulbesuch von schulpflichtigen Kindern) eine Aufenthaltserlaubnis.

Im Jahr 2009 wurden einige Verlängerungsanträge aufgrund dieser Bleiberechtsregelungen gestellt und die entsprechenden Aufenthaltserlaubnisse erteilt. Zudem entschied die Innenministerkonferenz, dass bei nicht erfüllten Voraussetzungen (z. B. Sicherung des Lebensunterhaltes aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation) unter bestimmten Umständen eine „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ erteilt werden kann. Die Bleiberechtsregelung hat weiterhin Gültigkeit. Weitere Anträge wurden 2010 nicht gestellt.

7.1.6. Waffenrecht

7.1.6.1. Kontrolle der Waffenschränke

Im Laufe des Jahres 2010 wurden in Wertheim bei 22 Waffenbesitzern die Waffenschränke überprüft. Beanstandungen gab es im Rahmen dieser Kontrollen nicht.

7.1.6.2. Abgegebene Waffen

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 32 Waffen (15 Kurzwaffen und 17 Langwaffen) und 3 verbotene Gegenstände (Messer) abgegeben, die Anfang Januar 2011 zum Kampfmittelbeseitigungsdienst nach Stuttgart zur Vernichtung gebracht wurden.

7.2. Messen, Märkte

Die Abteilung „Messen, Märkte“ wurde dem Referat 22 erst zum 1. November zugeordnet. Die Daten des Jahresberichts sind daher in den Aufzeichnungen des Referats 11 (siehe Seite 28) enthalten.

7.3. Standesamt

Es ist Aufgabe der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, Beurkundungen und Beglaubigungen für Zwecke des Personenstandswesens vorzunehmen und Personenstandsurkunden und sonstige öffentliche Urkunden auszustellen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben agieren sie weisungsfrei. Der Personenstand umfasst Daten über Geburt, Eheschließung, Begründung einer Lebenspartnerschaft und Tod sowie damit in Verbindung stehende familien- und namensrechtliche Tatsachen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PStG).

Das am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Personenstandsgesetz regelt nicht nur den Einstieg in die elektronische Registerführung (spätestens zum 01. Januar 2014), sondern verabschiedete sich auch vom bewährten Familienbuch. Das Familienbuch selbst war – im Sinne des Personenstandsgesetzes – keine Urkunde, sondern eine Sammlung von Einträgen aus anderen Personenstandsbüchern, Personenstandsurkunden oder anderen öffentlichen Urkunden. Das Familienbuch bot so einen kompakten Überblick über alle personenstandsrelevanten Daten.

Das Familienbuch – eingeführt zum 01. Januar 1958 – wurde im Anschluss an die Eheschließung im Eheschließungsstandesamt angelegt und fortgeführt. In das Familienbuch wurden alle Änderungen wie:

- Scheidung
 - Tod eines Ehepartners
 - Geburt eines Kindes
 - Eheschließung eines Kindes
 - alle namensrechtlichen Änderungen und
 - Kirchenaustritte
- eingetragen.

Da diese Änderungen nun in das Geburtenbuch eingetragen werden, hat sich ein Großteil der Arbeiten von den Heiratsstandesämtern auf die Geburtsstandesämter verlagert.

Dem bundesweiten Trend folgend, hat sich die Anzahl der entgegengenommenen Kirchenaustrittserklärungen in 2010 auf 91 – das entspricht einer Zunahme von 65 % - erhöht. Da die Religionszugehörigkeit in den Personenstandsregistern (Geburten- und Eheregister) eingetragen ist, werden auch Kirchenaustrittserklärungen, die in anderen Standesämtern und Behörden entgegengenommen werden, in die im Standesamt Wertheim geführten Bücher eingetragen.

7.3.1. Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle, Kirchenaustritte

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Geburten insgesamt	493	515	447	434	403	402
Wohnsitz Mutter/Eltern in Wertheim	146	158	142	124	135	130
Wohnsitz Mutter/Eltern außerhalb	347	357	305	310	268	272
Eheschließungen insgesamt	121	146	120	102	124	139
Beide Wohnsitz außerhalb	22	28	28	31	28	31
Sterbefälle insgesamt	293	295	315	287	375	288
Wertheimer	200	199	198	172	238	196
Auswärtige	93	96	117	115	137	92
Nachlassermittlungen	148	141	134	177	248	208
Kirchenaustritte	47	42	54	80	55	91

7.3.2. Statistik

7.3.2.1. Gesamtzahl der Geburten im Krankenhaus Wertheim

Geburten	2007	2008	2009	2010
gesamt	447	434	403	402
männlich	244 = 55 %	209 = 48 %	215 = 53 %	190 = 47 %
weiblich	203 = 45 %	225 = 52 %	188 = 47 %	212 = 53 %
Eltern verheiratet	358 = 80 %	348 = 80 %	305 = 76 %	304 = 76 %
Eltern nicht verheiratet	89 = 20 %	86 = 20 %	98 = 24 %	98 = 24 %

7.3.2.2. Vergleich der Anzahl der Geburten und Sterbefälle (nur Wertheim)

Jahr	Geburten	Sterbefälle	Differenz
2001	181	210	- 29
2002	154	213	- 59
2003	181	182	- 1
2004	178	193	- 15
2005	146	200	- 54
2006	158	199	- 41
2007	142	198	- 56
2008	124	172	- 48
2009	135	238	- 103
2010	130	196	- 66

7.3.3. Die beliebtesten Vornamen des Jahres 2010

Mädchen			Jungen		
1.	Emilia	7	1.	Marlon	8
2.	Marie	7	2.	Elias	7
3.	Lina	6	3.	Jonas	7
4.	Lisa	6	4.	Maximilian	7
5.	Mia	6	5.	Lukas	5
6.	Lea	5	6.	Leon	4
7.	Sophia	5	7.	Luca	4
8.	Hannah	4	8.	Tim	4
9.	Ronja	4	9.	Aaron	3
10.	Amelie	3	10.	Adrian	3

7.3.4. Ehenamenswahl

	2007	2008	2009	2010
Geburtsname des Mannes wurde Ehefrau	102	87	101	125
Geburtsname der Frau wurde Ehefrau	3	4	2	4
Beide behielten ihren Namen	15	11	10	10
Anfügen oder Voranstellen des Geburts- bzw. Familiennamens zum Ehenamen			11	13

7.4. Grundbuchwesen

Im Grundbuchamt Wertheim (4 Beschäftigte / 3,3 Stellen) wurden 2010 neben dem normalen Tagesgeschäft folgende größere Grundbuchgeschäfte vollzogen:

- Grundbuchvollzug zum geplanten **Ausbau der BAB/A3** auf den Gemarkungen Bettingen und Dertingen sowie für den fertig gestellten Ausbau des oberen Teiles der Eichelsteige.
- Eigentümerermittlungen für die geplanten **Sanierungsgebiete in Dietenhan und Lindelbach**.

Im November 2010 erfolgte der endgültige Anschluss des Grundbuchamtes Wertheim an die Grundbuchdatenzentrale in Stuttgart. Somit ist das „**elektronische Grundbuch**“ in Wertheim eingeführt und alle Grundbücher technisch auf dem neuesten Stand.

Aktuelle Grundbücher: ca. 15.030

	2008	2009	2010
Anträge insgesamt	2.496	2.160	2.162
Grundbuchgeschäfte	7.612	6.294	6.543
Grundbuchtage	48	48	50
Eigentumsänderungen	1.465	1.295	1.308
Neubegründung von Wohnungs- u. Teileigentum	19	115	24
Eintragungen von Grundpfandrechten (Abt. III)	252	230	236
Eintragungen aller sonstigen Belastungen (Abt. II)	492	793	474
Sonstige Eintragungen und Löschungen (Abt. II und III)	3.490	2.015	2.521
Grundbucheintragungen insgesamt	5.718	4.448	4.563
Grundschild- und Hypothekenbriefe	19	24	10
Zwischenverfügungen und Zurückweisungen	10	4	5
Beglaubigungen von Unterschriften	122	106	75
Abschriften und Kopien aus dem Grundbuch	767	808	715
Andere Geschäfte (Baugesuche, Eigentümerermittlungen u. a.)	986	908	1.180
Vom Land eingezogene Gebühren des Grundbuchamtes Wertheim	240.714 €	197.716 €	221.498 €
Pauschalentschädigung des Landes für die Personal- und Sachkosten des Grundbuchamtes Wertheim	104.069 €		103.535 €

7.5. Feuerwehr

Der Freiwilligen Feuerwehr Wertheim gehören 16 Abteilungen und ein Spielmannszug an. Kommandant der Gesamtwehr ist Stadtbrandmeister Ludwig Lermann, dessen Stellvertreter sind Udo Kempf (Sonderriet) und Peter Walentschka (Bettingen).

7.5.1. Mitglieder

	2008	2009	2010
Aktive Mitglieder	554	540	535
Passive Mitglieder	193	210	227
Ehrenmitglieder	258	253	247
Altersmannschaft	231	212	198
Spielmannszug	13	15	13
Jugendfeuerwehr	176	169	175
Gesamt	1.425	1.399	1.395

7.5.2. Übungsstunden

	2008	2009	2010
Übungsstunden der aktiven Wehrmänner	437	443	414
Übungs- und Unterrichtsstunden der Jugendfeuerwehr	713	723	976
Probestunden des Spielmannszugs	56	54	51
Auftritte des Spielmannszugs	2	2	3
Gesamt	1.208	1.222	1.444

7.5.3. Ausrüstung und Fahrzeuge

Durch die große Gemeindefläche der Stadt Wertheim kann die vorgeschriebene Hilfsfrist bei Einsätzen nicht von einer zentralen Wache aus eingehalten werden. Aus diesem Grund sind die unten genannten zehn Tragkraftspritzenfahrzeuge, ein Löschgruppenfahrzeug, ein Staffellöschfahrzeug und der Schlauchwagen auf die Ortswehren verteilt.

Der Wertheimer Feuerwehr stehen an Ausrüstung und Fahrzeugen zur Verfügung:

- **bei Schadensfeuer:**
2 Tanklöschfahrzeuge (TLF 16/25 u. TLF 24/50), 2 Löschgruppenfahrzeuge (LF 16/12 u. LF 8/6), 10 Tragkraftspritzenfahrzeuge (TSF), 1 Staffellöschfahrzeug StLF 10/6, 1 Drehleiter mit Korb (DLAK 23/12), 4 Tragkraftspritzenanhänger (TSA), 1 Schlauchwagen SW 1000, 8 Schlauchanhänger, 13 Hydrantenwagen
- **bei Öl-, Gefahrgut-, Verkehrsunfällen und Technischer Hilfeleistung:**
1 Vorausrüstwagen (VRW), 1 Rüstwagen (RW 2), 1 Gerätewagen Gefahrgut (GW-G 2), 1 Mehrzweckfahrzeug Dekon-P (BUND)

- **bei Unfällen an und auf Gewässern:**
2 Schlauchboote, 1 Mehrzweckboot (MZB),
- **sonstige Fahrzeuge:**
1 Einsatzleitwagen (ELW), 1 Gerätewagen-Transport (GW-T), 1 Mannschaftstransportwagen (MTW), 1 Gabelstapler

7.5.4. Einsätze

	2008	2009	2010
Großbrände	0	1	0
Mittelbrände	5	3	5
Kleinbrände A	6	6	3
Kleinbrände B	24	27	19
Technische Hilfeleistungen	20	21	22
Tiere/Insekten	1	4	5
Fehlalarmierung	44	43	53
Sonstige Einsätze	41	17	20
Gesamt	141	122	127

Weitere Infos auch unter www.feuerwehr-wertheim.de

7.6. Recht

Die Abteilung Recht, besetzt mit einem Juristen, hat die Aufgabe, Rechtsangelegenheiten aller städtischen Stellen, Eigenbetriebe und Eigengesellschaften (Beratung, außergerichtliche Vertretung und Prozessführung gemäß dem Produktkatalog des Landes Baden-Württemberg für den Bereich Justitiariat) zu bearbeiten. In dieser Funktion ist auch die Stadtrechtssammlung zu betreuen. Die Stelle ist seit Mai 2010 ins Referat 22 (Öffentliche Ordnung, Recht) eingegliedert. Weiterhin ist der Stelleninhaber Datenschutzbeauftragter. In dieser Funktion berichtet er dem Oberbürgermeister.

7.6.1. Arbeitsschwerpunkte

Die anderweitige Zuordnung der Funktion des Bürgerbeauftragten ermöglichte dem Stelleninhaber die Konzentration auf seine Kernkompetenz Recht. Dennoch blieb auch im Jahr 2010 noch einiges in der Funktion des Bürgerbeauftragten zu tun. Zum einen oblag diese Aufgabe im ersten Drittel des Jahres noch dem Stelleninhaber, zum anderen betreute er Altfälle wegen größerer Sachkunde oder spezifisch juristischen Implikationen weiter. So blieben die gerechtere Gestaltung von Müllgebühren, Rattenbefall und Lärm durch Veranstaltungen sein Thema. Auch die beiden Wartberg-Themen Kabelnetz/Satellitenantennen und Fernwärme/Kleinf Feuerungsanlagenverbot gehören in diese Kategorie.

Ein erheblicher Bedarf an juristischer Unterstützung ist beim Baudezernat zu verzeichnen. Beim Hochbau ging es darum, ob eine Stützmauer in die Zuständigkeit des Grundstückseigentümers oder des Straßenbulasträgers fällt, wer für einen Wasserschaden haftet, ob Fassadenarbeiten korrekt abgerechnet sind, um die Ursächlichkeit zwischen einem Feuchteschaden und einem Baumangel und darum, ob eine Beschaffung ausgeschrieben werden muss oder nicht. Für das Referat Eigenbetriebe konnte eine auf Nachzahlungen gerichtete Klage erfolgreich abgewehrt werden. Im Bereich Baurecht war die Fotovoltaikanlage auf dem Ernsthof Thema, die Auslegung des Bebauungsplans Bahngelände, ein fehlerhafter Bauantrag einer Landesbehörde und vertragliche Vereinbarungen zu dem von der Stadt Wertheim als Ausgleichsmaßnahme angelegten Fischbiotop am Main. Eine Räumungsklage für das Referat Liegenschaften endete mit dem freiwilligen Auszug der Mieter. Diese wie auch die nachfolgenden Aufzählungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Dezernatsübergreifend wurde unter juristischer Mitwirkung ein zweckgebundenes Vermächtnis aus der Erbschaft Bolg, also eine zunächst vermögensrechtliche Angelegenheit, in den Ausbau des Bürgerhauses Dietenhan, also ein Hochbau-Projekt, umgesetzt. Auch das Krankenhaus, d.h. der geplante Neubau, beschäftigte unter Federführung des Bürgermeisters viele Stellen, so auch die Abteilung Recht.

Die Vertragsgestaltung für das Realschul-Catering in Zuständigkeit des Referats Schulen gestaltete sich durch die Insolvenz des zunächst beauftragten Unternehmens besonders komplex. Auch beim Realschulprojekt wurde der Stelleninhaber somit von verschiedenen Referaten einbezogen.

Die Kämmerei nahm die Abteilung Recht überwiegend mit insolvenzrechtlichen Problemen in Anspruch.

Eine Verfügung des Ordnungsamtes der Stadt wegen Lärms aus einer Gaststätte hatte vor Gericht keinen Bestand. In der Sache aber wurde das Ziel – Lärmvermeidung – seither erreicht. Mit einem Erfolg endete für die Stadt ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart wegen der Verkehrssicherungspflicht in der Mainleite. Der Frage der Zulassung der Berufung steht allerdings noch aus. Der Durchsetzung des nächtlichen Alkoholverkaufsverbotes standen handwerkliche Mängel des Landesgesetzes im Wege, so dass sich die Stadt nicht auf einen Rechtsstreit einließ. Ergänzt wird das Aufgabenspektrum für das Referat Öffentliche Ordnung durch die allfälligen Strafanzeigen, größtenteils wegen Vandalismus an Spielplätzen, Buswartehäuschen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen.

Das Referat Personal und Organisation bezog die Abteilung Recht in die Umstrukturierung des Einkaufs ein, in diverse Personalangelegenheiten sowie, über die Abteilung EDV, in die aus der gewünschten DSL-Versorgung von Diethan resultierende Problematik.

Mit der dafür notwendigen Unterstützung durch den Oberbürgermeister und das Referat Personal und Organisation konnte der Datenschutzbeauftragte auch die Aufstellung der Verfahrensverzeichnisse in Angriff nehmen, welche Art und Umfang der von der Stadt Wertheim erhobenen und verwendeten personenbezogenen Daten dokumentieren und ein wichtiges Instrument für den Datenschutz sind.